

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P XXV/33

Bonn, den 19. Februar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Politische Kumpanei mit dem Rechtsradikalismus</u> NPD-Funktionär brachte die Koalition in Hannover zu Fall	54
2 - 3	<u>Die Hochschulreform ist nicht länger ein Glasperlenspiel</u> Zu den 14 Thesen von Wissenschaftsminister Leussink Von Wolfgang Tschechne	59
4	<u>Zweifel an Falange-Ideologie erlaubt</u> Spanien poliert sein antifaschistisches Auslands-Image Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	41

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Dank an eine alte Lehrerin
Berta Hesse, ehemalige Landtagsabgeordnete im Provinziallandtag
in Merseburg, vollendete ihr 80. Lebensjahr

Luise Herklotz, SPD-MdB, läßt nicht locker
Sie fordert verbilligte Bundesbahnfahrten auch für Frührentner

NPD für weibliche Wähler nicht attraktiv
In Baden-Württemberg verhinderten die Frauen ihren Einzug
in den 6. Deutschen Bundestag

Kindergeld und Waisenrente auch für Jungverheiratete
SPD-Frauen in Hessen-Süd setzen sich für
Abschaffung der Verheiratetenklausel ein

Politische Kumpanei mit dem Rechtsradikalismus

NPD-Funktionär brachte die Koalition in Hannover zu Fall

sp - Die Große Koalition in Niedersachsen aus SPD und CDU steht vor ihrem Ende. Trotz eindringlicher Warnungen hat die Landtagsfraktion der CDU den ehemaligen NPD-Funktionär Helmut Hass, der erst vor wenigen Wochen seine Partei verlassen hatte, in ihre Reihen aufgenommen. Der Landesvorsitzende der CDU, Landwirtschaftsminister Wilfried Hasselmann, macht deutlich, wohin die Reise gehen soll: "Ich brauche die Stimmen der NPD!" Und die Bundesparteiführung der CDU in Bonn klatscht dazu beifall.

Der politisch-moralische Niedergang der CDU in Niedersachsen ist für jeden sichtbar. Die Politik der Mitte, die die CDU für sich in Anspruch nimmt, ist durch eine Kumpanei mit dem Rechtsradikalismus abgelehnt worden. Die Reaktionen im Ausland werden nicht lange auf sich warten lassen. Das Machtstreben einzelner CDU-Politiker in der niedersächsischen Landtagsfraktion und die Verbitterung eines großen Teiles der Hinterbänkler über die neue Koalition in Bonn brachten nach fünf Jahren guter Zusammenarbeit die Große Koalition in Hannover zu Fall. Die Entscheidung von Ministerpräsident Dr. Diederichs, die Koalition mit der CDU für den Fall zu beenden, daß die CDU ehemalige Abgeordnete und Funktionäre der NPD in ihre Reihen aufnimmt, kann für die CDU-Führung nicht überraschend sein. Bereits im Sommer des letzten Jahres, als die Möglichkeiten von Übertritten aus der NPD in die CDU am politischen Horizont noch gar nicht sichtbar waren, hatte der Ministerpräsident seine CDU-Kollegen im Kabinett eindeutig davor gewarnt, NPD-Leute aufzunehmen. Damals bestritten die CDU-Minister, daß diese Möglichkeit überhaupt bestehe. Der Ministerpräsident hat unmittelbar nach der Bundestagswahl seinen warnenden Hinweis wiederholt. Eindeutig hat er festgestellt, daß der unmittelbare Übergang von NPD-Landtagsabgeordneten in die CDU-Fraktion auch den Eintritt in die Koalition bedeuten würde. Die SPD aber hält es für untragbar, mit solchen Leuten zu paktieren. Der Hinweis der CDU-Minister in Hannover, daß sie keinen Grund sehen, warum die Koalition beendet sein soll, ist daher politisch Backmesserei.

Fünf Jahre lang hat die CDU in Niedersachsen das hohe Lied von den großen menschlichen Qualitäten des Ministerpräsidenten gesungen. War das alles nur Heuchelei? Oder meint die CDU wirklich, dieser Mann, der unter den Nationalsozialisten in das Konzentrationslager wanderte, werde mit ehemaligen NPD-Leuten paktieren?

Der Drang zur Macht hat manchen Politiker in Niedersachsen offensichtlich alle politisch-moralischen Grundsätze über Bord werfen lassen. Diese Herren übersehen offenbar, daß ein CDU-Kabinett in Hannover nur mit Hilfe der Freien Demokraten installiert werden könnte. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die FDP dieses schmutzige Spiel nicht mitmachen wird. Oder denkt die CDU daran, nun eine Koalition mit der NPD einzugehen? Es wäre die konsequente Fortentwicklung einer Politik der Kumpanei mit dem Rechtsradikalismus.

In dieser für das Land zwischen Elbe und Ems, Harz und Nordsee so bitteren Situation können nur Neuwahlen das politische Klima reinigen. Gedanken an das persönliche Wohlergehen und die damit verbundene Rente dürfen die Abgeordneten des niedersächsischen Landtages jetzt nicht daran hindern, diesen für das Wohl des Landes eindeutigen Schritt zu tun. Der Wähler muß die Möglichkeit erhalten, der CDU die Quittung zu erteilen, die ihr für ihr böses Spiel gebührt.

Die Hochschulreform ist nicht länger ein Glasperlenspiel

Zu den 14 Thesen von Wissenschaftsminister Leussink

Von Wolfgang Tschechne

Hermann Hesses Roman "Das Glasperlenspiel" war in den Jahren nach dem großen Kriege so etwas wie eine rettende Insel für gequälte Intellektuelle: Geist konnte sich dort in der Flucht aus der Welt unbehelligt und spielerisch entfalten. Hesses Glasperlenspiel entsprach in fast jeder Beziehung der Idee der deutschen Universität, wie sie sich aus der Humboldtschen Gründung des Jahres 1809 über alle politischen Katastrophen und gesellschaftlichen Wandlungen hinweggesetzt hat. Und statt vom Nullpunkt des Jahres 1945 her in die Zukunft zu schauen, gingen die Kulturpolitiker damals nur daran, mit abgewandtem, ja rückwärtsgerichtetem Blick das alte Glasperlenspiel wieder zusammensetzen.

Eine Universität als behüteter Ort der Bildung für eine kleine Elite mußte jedoch zwangsläufig mit der Wirklichkeit in Konflikt geraten - mit einer Wirklichkeit, die mehr und mehr das allgemeine und breite Recht auf Bildung als wichtigste Voraussetzung der Zukunftsbewältigung erkennt.

Mit einer Politik der zaghaften Schritte in Richtung Hochschulreform war bisher bei der elementaren Wucht des Konfliktes wenig auszurichten. Erst jetzt kommt wirklich Bewegung in die Dinge, und zwar mit den 14 Thesen von Wissenschaftsminister Leussink, denen das Bundeskabinett seine Zustimmung gegeben hat.

Der Pragmatiker Leussink steuert frei von ideologischen Bindungen dieser oder jener Couleur eine Entwicklung an, an deren Ende die Gesamthochschule stehen soll. Nach seinen Thesen soll ein Studium schon nach drei Jahren zu einem ersten berufsfähigen Abschluß führen (im Höchstfall soll es fünf Jahre dauern); an die Stelle der bisherigen Semester soll ein Jahreszyklus treten, und es soll ständig überprüft werden, ob die Studiengänge in ihren Zielen und Inhalten noch

mit der Entwicklung in Wissenschaft und Berufspraxis übereinstimmen.

Das ist ein energischer und sehr zu begrüßender Abschied vom Glasperlenspiel, ein Abschied von der philosophisch-philologischen Idee der Universität - und zugleich ein Aufbruch zu einem neuen Selbstverständnis der Hochschule, in das endlich natur- und sozialwissenschaftliche Denkansätze einfließen können. Dem gesellschaftlich inzwischen weitgehend akzeptierten Modell der Gesamtschule wird das Modell Gesamthochschule als Fortsetzung und Vollendung hinzugefügt.

Gesamthochschule - das bedeutet beispielsweise, daß Aufbaustudium, Erwachsenenbildung, Kontaktstudium und Fernstudium gleichsam unter einem Dach stattfinden beziehungsweise aus denselben Quellen gespeist werden. Es liegt auf der Hand, daß damit die vorhandenen und noch zu schaffenden Einrichtungen besser genutzt, daß die baulichen, pädagogischen und personellen Kapazitäten günstiger ausgewertet werden können. Aber nicht das allein weist die Gesamthochschule als die glücklichste zukünftige Möglichkeit aus.

Eine Universität der vielfältigen Möglichkeiten in Ausbildung und Forschung ist offen für die Wandlungen, die unsere Welt allüberall betreffen und von denen wir heute ja erst die Anfänge sehen. Sie wird in der Lage sein, auch die bisher immer noch sanft verachtete Technik als menschliches und geistiges Phänomen begreifbar zu machen. Die Gesamthochschule wird schließlich die Erkenntnis vermitteln, daß alle gesellschaftlichen Vorgänge mit der Würde des Menschen in Zusammenhang zu setzen sind.

Bildung heute und morgen muß dazu befähigen, unsere mehr und mehr technisierte und verwaltete Welt so zu lenken, daß sie auch in Zukunft ein Ort des sich ebenfalls wandelnden Menschen bleibt. Gesamthochschule ist so der große Aufbruch zu neuen Wirklichkeiten - und der endgültige Abschied vom Glasperlenspiel.

+ + +

Zweifel an Falange-Ideologie erlaubt

Spanien poliert sein antifaschistisches Auslands-Image

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Die "Entfalangisierung" ist in Spanien im Zeichen der Annäherung an Europa nicht mehr aufzuhalten. So entdeckte die Presse, daß Tausende von Spaniern im Zweiten Weltkrieg auf Seiten der Alliierten gegen Hitler kämpften oder im KZ saßen. Die radikale Korrektur des Geschichtsbildes der letzten 30 Jahre ist in vollem Gange.

War es früher in Spanien Mode, gegen Solidaritätserklärungen aus dem Ausland mit der Opposition zu polemisieren, so enthielten sich Spaniens Massenmedien und die Regierung jeder Äußerung, als in Frankfurt eine Solidaritätserklärung von 159 SPD-Bundestagsabgeordneten mit dem "Brief der 135 spanischen Intellektuellen" veröffentlicht und neben einem Mehrparteiensystem auch die Gewerkschaftsfreiheit in Spanien als "Essentials" für die Teilnahme an der europäischen Integration gefordert wurde. Obwohl diese Erklärung offiziell totgeschwiegen wurde, konnten sie die Spanier durch heimliche oppositionelle Veröffentlichungen erfahren.

Der Falange-Chef für die spanischen Provinzen, Enrique Ramos, versicherte gleichzeitig, man könne die Staatsbürger nicht uniformieren, es werde nur so viel Falangismus verlangt, wie die Staatsgrundgesetze erfordern. Staatschef Franco habe die Falange von faschistischen Auswüchsen gereinigt. Seit dem Regierungswechsel vom 29. Oktober werden nazifreundliche Staatsfunktionäre in wachsender Zahl in die Wüste geschickt, gegen den belgischen Naziflüchtling Léon Degrelle erging Aufweisungsbefehl, prominenten Ex-Nazis wurde unbedingtes Redeverbot erteilt - auch Argentiniens Exdiktator Perón muß Spanien verlassen, wenn er politische Erklärungen abgibt. Den ehemaligen Nazi-Größen wird in Spanien der Boden zu heiß: Ägypten und Paraguay sind ihre künftigen Aufenthaltsländer.

In Madrid verdichten sich die Anzeichen dafür, daß im Mai 1970 erstmals keine Gedächtnismessen für Adolf Hitler mehr zugelassen werden. Darüber hinaus enthüllten politische Kreise, daß Spanien in den arabischen Ländern den dort verbliebenen Juden die Ausreise in einer "humanitären Aktion" ermögliche, wie dies schon während des Zweiten Weltkrieges im hitlerbesetzten Europa geschehen sei. Die "Entfalangisierung" macht trotz gegenteiliger Ankündigung weitere Fortschritte. Es ist bereits erlaubt, die Rechtmäßigkeit der falangistischen Ideologie anzuzweifeln. Der aus politischen Gründen aus dem Stadtrat von Sevilla ausgeschiedene Kommunalpolitiker Alejandro Rojas-Marcos durfte sogar in Cordoba öffentlich ein Mehrparteiensystem fordern und sich von der Falange-Ideologie distanzieren. Jetzt erscheint die Götterdämmerung der Falange unvermeidlich. In Spanien nähert sich am Horizont der historische Augenblick eines politischen Neubeginns.